

Ohne eine legale KPD gibt es keine Wiedervereinigung

Das Verbot der KPD hat den kalten Krieg verschärft und den Graben zwischen den zwei deutschen Staaten vertieft. Stets ist die KPD davon ausgegangen, daß eine Lösung der nationalen Probleme unseres Volkes niemals ohne oder gar gegen die DDR erfolgen kann. Stets ist sie für den Verzicht auf Gewalt und für Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten eingetreten.

Das Zentralkomitee der SED und das Zentralkomitee der KPD erklären darum mit allem Nachdruck: Mit der Beseitigung des Verbots der KPD wäre viel gewonnen für eine Verbesserung des politischen Klimas und für die Entspannung der Lage in Deutschland.

Eine legale KPD wird eine starke Kraft für die Annäherung und Verständigung aller deutschen Arbeiterorganisationen sein, für die Aktionsgemeinschaft von DGB und FDGB, für das Zusammenwirken von SED, SPD und KPD. Das ist der Weg, um das Übergewicht der westdeutschen Arbeiterklasse über Militarismus und Monopolkapital zu sichern und ganz Deutschland auf den Weg des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus zu führen.

Eine legale KPD stärkt die westdeutsche Arbeiterklasse

Die Aufhebung des Verbots der KPD ist notwendig, damit die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften den ihnen gebührenden Einfluß auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gewinnen.

In den Jahren seit dem Verbot der KPD hat sich das deutsche Monopolkapital, haben sich die Flick und Siemens, die IG-Farben und die Deutsche Bank durch die verschärfte Ausbeutung der Werktätigen märchenhafte Profite gesichert. Durch die Rüstungslasten, die sich seit dem Verbot der KPD mehr als verdreifacht haben, durch die Erhöhung der Tarife und Steuern wurden seit dem Jahre 1956 aus jeder westdeutschen Familie fast 10 000 Mark für die Bonner Kriegskasse herausgepreßt. Für die Beseitigung des Bildungsnotstandes aber, für die soziale Sicherheit der Alten und Kranken hat die Regierung kein Geld.

Eine legale KPD würde dem Kampf der westdeutschen Gewerkschaften gegen die Allmacht der Monopole, für die gewerkschaftlichen Rechte im Betrieb und im Staat, um die Mitbestimmung der Arbeiter und Ange-